Abendausgabe

Nr. 21 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 11

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Preis 22 Mark

Sonnabend
13. Januar 1923

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Im nationalen Interesse!

Warum wir allein demonstrieren.

Unter den Politikern, die morgen auf dem Königsplatz bei der Protestkundgebung der bürgerlichen Parteien reden werden, gibt es mehrere, die in den Reihen der Sozialdemokratie allgemeine Wertschätzung genießen und an deren Seite Führer unserer Partei bedenkenlos das Wort ergreifen würden, wie dies schon bei früheren Kundgebungen gegen uns angetanes nationales Unrecht geschehen ist. Ebenso gibt es unter den Teilnehmerne an dieser Versammlung vor dem Reichstag manche, mit denen wir, bei aller grundsätzlichen Trennung der Weltanschauung, doch so viel Berührungspunkte haben, daß wir in dieser Situation eine gemeinsame Demonstration mit ihnen für erwünscht und nützlich gehalten hätten. Indessen läßt sich bei der politischen Zusammensetzung der bürgerlichen Wählerschaft der Reichshauptstadt, wie sie in den letzten Jahren von Wahl zu Wahl immer deutlicher in Erscheinung getreten ist, unschwer voraussagen, daß diese Elemente, bei aller paritätischen Zusammensetzung der aufgebotenen Rednerliste, nur einen geringen Bruchteil der Teilnehmerzahl darstellen werden.

Die Anhänger des Zentrums werden dort nur eine verschwindende Minderheit bilden, wie dies in diesem Teil Deutschlands nicht anders der Fall sein kann. Auch dürfte ein wesentlicher Teil der Wähler der sowieso geschwächten Demokratischen Partei, durch frühere Erfahrungen gewitzigt, die sich noch vorgestern in München bei einem ähnlichen Versuch bürgerlicher Einheitsfront von Müller-Meiningen bis Hitler bestätigt haben, es vorziehen, zu Hause zu bleiben. Die große Mehrheit der Anwesenden wird zweifellos aus Anhängern der Rechtsparteien bestehen, und zwar werden die aktivsten Elemente unter diesen, nämlich die nationalistischen und antisemitischen Verbände, Jugendliche und Studenten, die in Schule und Korpsboden mit dem blödsinnigsten Phrasenschwall seit Jahr und Tag gefüttert werden, den Ausschlag geben. Mögen Zentrumsanhänger und Demokraten, wenn sie wähnen, es geschehe im Interesse des Vaterlandes, Seite an Seite mit denen auftreten, die bei der Hinschlachtung Erzbergers und Rathenaus innerlich oder gar öffentlich gejubelt haben, wir lehnen es ab. Und zwar gerade im Interesse unseres Volkes und unseres Landes.

Denn sogar die äußerste Selbstdisziplin, die sich Redner und Teilnehmer auf eine halbe Stunde auferlegen mögen, vermag nicht den Geist zu tilgen, in dem die große Mehrzahl der Königsplatz-Demonstranten sich zu dieser Kundgebung begibt. Und dieser Geist ist es, der den Wert einer jeden Kundgebung, und mag sie noch so zahlreich besucht sein, im voraus illusorisch macht.

Denn was ist es, was wir mit unseren Kundgebungen bezwecken? Eindruck auf das Ausland zu machen, d. h. vor allem auf diejenigen Elemente des Auslandes, die dem französischen Vorgehen ablehnend oder wenigstens noch schwankend gegenüberstehen, sie für unsere gerechte Sache zu gewinnen, sie von der Abscheulichkeit der Politik des französischen Nationalismus, Imperialismus und Annexionismus zu überzeugen. Wer aber glaubt, dieses Ziel dadurch zu erreichen, daß er mit Hergt, Laverrenz und Lersner in Berlin, mit Ludendorff, Kahr und Hitler in München zusammen demonstriert, der ist ein Narr! Es ist nicht wahr, daß nur Einigkeit in solchen Situationen stark mache; die „nationale Einheitsfront" ist nicht nur eine leere Phrase, geeignet auf die gänzlich unpolitischen Massen des Bürgertums Eindruck zu machen, sie ist eine nationale Gefahr: denn das Weltgewissen wird sich nicht gegen die Raubpolitik des „Nationalen Blocks" aufbäumen, wenn es dazu von den Männern aufgefordert wird, die einst Belgien annektieren wollten und in Nordfrankreich böswillige Verwüstungen verursacht und bejubelt haben. Ein Hergt schlägt in dem uns wohlgesinnten Ausland zwanzig Schücking tot.

Nun wird uns von gutmeinender linksbürgerlicher Seite vorwurfsvoll entgegnet: „Wenn Ihr verhindern wolltet, daß die Völkischen und sonstigen Nationalisten morgen am Königsplatz den Ausschlag geben, dann hättet Ihr mit Euren Hunderttausenden von sozialdemokratischen Arbeitern sie in die Minderheit zurückdrängen müssen. Dann erst wäre die Kundgebung zu einer vollen Riesenentfaltung gelangt, und auf das Ausland hätte die Tatsache sicherlich Eindruck gemacht, daß Ihr angesichts der französischen Gewalttat Eure Bedenken gegen diese Nachbarschaft zurückgestellt hättet." Umgekehrt, Freunde, die Zahl allein macht es nicht und das Ausland hätte daraus vielmehr ein Abgleiten der sozialdemokratischen Massen in ein nationalistisches Fahrwasser abgeleitet und seine Gefühle dementsprechend, zum Nachteile Deutschlands, korrigiert.

Nicht den Industriemagnaten an der Ruhr gelten die bereits vorhandenen und noch zu erwartenden Sympathien in England, Amerika und insbesondere in Frankreich und Belgien, sondern der Ruhrarbeiterschaft. Auf die Haltung letzterer ist man drüben gespannt, und es war die Angst vor einem Generalstreik der dortigen Arbeiter und seinen Folgen, die sogar den alten Clemenceau kürzlich veranlaßte, von dem Einmarsch abzuraten. Und wenn herte in Amerika der Ruf nach Revision des Versailler Vertrages immer lauter ertönt, von Organen, die dem Weißen Hause nahestehen, besonders deutlich ausgesprochen, so gilt diese Forderung dem um die einzelnen Punkte betrogenen Deutschland von Weimar und nicht dem Deutschland von Potsdam.

Und deshalb wollen wir hier, inmitten der allgemeinen, erklärlichen, berechtigten nationalen Erregung, die wir teilen und der wir von Anfang an einen weithin vernehmbaren Ausdruck gegeben haben, die jedoch auch zu den verhängnisvollsten Verwirrungen und Abirrungen führen könnte, am Vorabend des Trauer- und Protestsonntages mit aller Deutlichkeit feststellen: unser Ziel, die Verständigung zwischen den Völkern, insbesondere mit dem betörten französischen Volk, bleibt, allen Schwierigkeiten und Belastungen des Augenblicks zum Trotz, unverrückbar bestehen; ebenso das Mittel, das allein zu diesem Ziele führen kann, nämlich die Wiedergutmachung der Schäden in Nordfrankreich und Belgien. Wir halten an den von der Gegenseite verratenen vierzehn Punkten Wilsons fest, in diesem Sinne fordern wir die Revision des Versailler Gewaltfriedens.

In den unpolitischen Teilen des Volkes — und die dürften morgen einen wesentlichen Bestandteil der bürgerlichen Demonstration vor dem Reichstage bilden — hört man seit einigen Tagen immer häufiger den Ausspruch: „Da haben wir die Bescherung für zwei Jahre Erfüllungspolitik, ja, das hätten wir schon im Sommer 1919 bei der Entscheidung über Versailles haben können." Diese Geistesverfassung war unvermeidlich und auf sie spekulieren schon seit langem die deutschnationalen und sonstigen Gegner der Politik der alten Koalition. War es nicht vor einigen Monaten ein deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, der in einem lächelnd-zynischen Zwischenruf sagte: „Die Besetzung kommt ja doch!" Heute triumphieren die Herren, nachdem Poincaré ihnen den Gefallen getan hat, die ehrlichen Bemühungen Deutschlands zu ignorieren, und finden bei den urteilslosen Massen des Bürgertums Anklang. Eine Gefahr, die wir für diesen Fall stets vorausgesagt hatten, und der es nun rechtzeitig mit aller Schärfe entgegenzutreten gilt.

Die Politik der versuchten Erfüllung, die Politik der Regierung Wirth-Rathenau-Bauer, war und bleibt die einzig mögliche, die einzig richtige. Bei der aufmerksamen Lektüre der französischen Presse seit November wird man den Eindruck nicht los, als hätte die Strömung für die Ruhrbesetzung erst nach dem Sturz der Regierung Wirth die Oberhand gewonnen, insbesondere nachdem die Erwartungen, die man drüben an die Machtergreifung durch eine Regierung, die allgemein als „Stinnes-Regierung" angesehen würde, geknüpft hatte, enttäuscht wurden. Wir wollen nicht behaupten, daß der schwere Schlag, der Deutschland jetzt trifft, unterblieben wäre, wenn noch die alte Koalition am Ruder sein würde. Wir wollen es nicht behaupten, weil wir es nicht beweisen können.

Aber eins können wir beweisen: Als vor zweieinhalb Jahren, bei der Entscheidung über das Londoner Ultimatum die Besetzung des Ruhrgebiets unmittelbar bevorstand, da war es die gesamte Entente, einschließlich Englands mit der offenen Unterstützung Amerikas, die in Essen und Bochum einmarschiert wäre.

Heute ist die Entente faktisch gebrochen. England hat die Besetzung abgelehnt, Amerika ist in seiner Sprache und in seinen Gesten gegen die Poincarésche Gewaltpolitik noch deutlicher, Italien zögert. Diese Bresche in den Ring der Sieger von Versailles geschlagen zu haben, das ist das Verdienst der Erfüllungspolitik. Und wenn, über kurz oder lang, dem deutschen Volk Befreiung von dem politischen und wirtschaftlichen Wahnsinn winken wird, so wird das das Werk der lebenden und toten Träger dieser vielgeschmähten Politik sein. Um diese Politik, um ihre Träger scharen wir uns morgen bei unseren Protestkundgebungen. Aber, im nationalen Interesse, nur um sie!

Protest der englischen Arbeiter.

London, 13. Januar. (WTB.) Die Leitung des Bergarbeiterbundes Großbritanniens hat eine Entschließung angenommen, in der Protest gegen das Eindringen der Franzosen ins Ruhrgebiet erhoben wird und die Regierungen der alliierten und der neutralen Länder aufgefordert werden, darauf zu dringen, daß die Reparationsfrage durch ein Schiedsgericht geregelt werde.

Englische Befürchtungen.

London, 13. Januar. (WTB.) Der Berichterstatter der „Times" in Essen schreibt, der nächste Montag, an dem der halbstündige Proteststreik stattfinden werde, werde besonders kritisch sein. Wenn sich die Wirkung der wirtschaftlichen Maßnahmen, die die Franzosen wahrscheinlich ergreifen würden, fühlbar machen werde, so werde der Augenblick der wirklichen Gefahr gekommen sein. Sollten diese Maßnahmen zur Arbeitslosigkeit führen, so würden vor allem Akte sinnloser Wut und darauf folgende Vergeltungsmaßnahmen zu befürchten sein. Der Haß, der in den Augen der Essener brenne, wenn sie einen französischen Soldaten erblickten, könne, wenn die Selbstbeherrschung verloren ginge, Zwischenfälle hervorrufen.

Besprechungen mit den Bergbaudirektoren.

Essen, 13. Januar. (WTB.) Der Präsident der Interalliierten Kontrollkommission hat den Vorsitzenden des Bergbauvereins ersucht, für heute vormittag 10 Uhr etwa fünfzehn bis zwanzig Direktoren der bedeutendsten Gruben des neu besetzten Gebietes zu einer Besprechung im Gebäude des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats einzuladen. Die geladenen Herren haben der Aufforderung Folge geleistet und die Verhandlungen haben kurz nach 10 Uhr begonnen.

Eine Trikolore herabgerissen und zerfetzt.

Essen, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Für heute nachmittag ist der Bergarbeiterverband in Bochum von der Besatzungsbehörde zu einer Besprechung in das Hauptquartier „Kaiserhof" in Essen eingeladen. Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Essen hat gestern abend in einer Versammlung eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Durch die erneute Besetzung weiteren deutschen Gebietes wird mit Absicht vom französischen Imperialismus das Herz Deutschlands, das Ruhrgebiet, getroffen. Unübersehbar können die Leiden der Arbeiterschaft, insbesondere im besetzten Deutschland, durch diese Gewaltmaßnahmen werden." Im Schluß der Entschließung fordern die Gewerkschaftsleitungen des ADGB., AfA-Bundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes ebenso wie der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring und der Deutsche Beamtenbund auf, am Montag, den 15. Januar, zwischen 11 und 11½ Uhr vormittags, die Arbeit ruhen zu lassen. — In Steele wurde die von den Besatzungstruppen aufgezogene **französische Fahne bereits nach einer Stunde herabgerissen und zerfetzt.** Der Bürgermeister hat sich bei dem Kommandanten entschuldigen müssen und einen Aufruf an die Bevölkerung, der vor Exzessen warnt, anschlagen müssen.

Von Düsseldorf sind über Duisburg in der Richtung auf Essen heute früh stärkere Infanteriemassen mit Bagage und Maschinengewehren abmarschiert. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß nach dem Stande der gegenwärtigen Dinge eine weitere Ausdehnung der Besatzungszone vorläufig unwahrscheinlich ist.

Weitere Truppentransporte.

In den Bezirken Trier und Köln dauern die Truppentransporte unvermindert an und sind bis zum 14. Januar heute schon angekündigt. Gestern wurden im Bezirk Essen 9 Militärzüge mit Truppen und Verpflegung gefahren. Im allgemeinen ist der Eisenbahnbetrieb bisher nicht gestört. Gestern wurden für die Ruhr noch 20000 offene Leerwagen bestellt. Die Zechen liefern Wiedergutmachungskohlen nicht auf, abgesehen von der Italienkohle.

Verlegung der Essener Reichseisenbahnverwaltung.

Essen, 13. Januar. (TU.) Die Generalbetriebsverwaltung der Reichsbahnen, der die Kohlenverteilung unterstehl, ist von Essen nach Elberfeld verlegt worden.

Die Trauerkundgebung im besetzten Gebiet verboten.

Höchst, 13. Januar. (TU.) Die Besatzungsbehörde hat die von der preußischen Regierung für Sonnabend angeordnete Trauerkundgebung in den Schulen des besetzten Gebietes verboten.

Ein Erlaß Tirards.

Düsseldorf, 13. Januar. (TU.) Da die Reichsregierung bestimmt hat, daß die geförderten Kohlen nicht mehr zu Reparationslieferungen verwandt werden sollen, hat der Oberkommissar der Rheinprovinz Tirard einen Aufruf erlassen, in dem es heißt, daß er die Verfügung der Reichsregierung für null und nichtig erkläre, da diese laut dem Friedensvertrag keinerlei Recht habe, im besetzten Gebiet Erlasse zu veröffentlichen. Infolgedessen sind die französischen und belgischen Ingenieure angewiesen worden, die geförderten Kohlen in erster Linie für Ententezwecke zu verwenden.

Keine Antwort auf die deutsche Note.

London, 13. Januar. (WTB.) Wie verlautet, ist von seiten der britischen Regierung keinerlei Stellungnahme zu dem gestern vom deutschen Botschafter auf dem Foreign Office überreichten Protest der deutschen Regierung gegen das französisch-belgische Vorgehen zu erwarten. Die Absicht der britischen Regierung, die Entwicklung abzuwarten, bevor sie eine neue Aenderung ihrer Politik erwägt, bleibe unverändert bestehen.

New York, 12. Januar. (WTB.) Die „Associated Preß" meldet aus Washington: Im Staatsdepartement wurde erklärt, die Regierung werde auf den deutschen Protest gegen den Einmarsch ins Ruhrgebiet keine Antwort erteilen. Ferner wurde erklärt, die Regierung könne gegenwärtig keinen Weg sehen, auf dem ihr Wunsch, in die Reparationskrisis helfend einzugreifen, geltend gemacht werden könnte, und sie unternehme deshalb in dieser Angelegenheit keine Schritte.

Morgen 11 Uhr: Massenversammlungen!

Die heutige Reichstagssitzung.

Für die heutige Reichstagssitzung war von bürgerlicher Seite angeregt worden, daß nach der Rede des Reichskanzlers der Präsident des Hauses die Auffassung des Reichstages in einer Ansprache zum Ausdruck bringen sollte. Diese Anregung fand aber keine Gegenliebe. Es wird deshalb nach der Rede des Kanzlers in eine Aussprache eingetreten werden.

Ob die bürgerlichen Parteien eine gemeinsame Erklärung abgeben, steht jetzt noch nicht fest. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei wird sich jedenfalls mit einer formulierten Erklärung nicht begnügen, sondern ihren Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller eingehend über die Lage sprechen lassen.

Lloyd George gegen die Repko.

In dem sechsten Artikel seiner Artikelserie über die Zukunft Europas spricht Lloyd George über die Reparationen und kommt dabei zu bemerkenswerten Feststellungen. Wenn man von Verfehlungen spreche, so müsse man daran erinnern, daß die Verfehlungen nicht nur auf seiten Deutschlands liegen. In einem grundsätzlichen Punkt seien die Alliierten selbst zweifellos — und zwar ausschließlich zum Nachteil der Besiegten — vom Vertrag abgewichen. Der Vertrag bestimme, daß die zur Entschließung über den zu zahlenden Betrag für Reparationen einzusetzende Körperschaft aus je einem Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Belgiens bestehen sollte. Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten seien alle diese Mächte an der Entscheidung finanziell interessiert. Die einzig uninteressierte Partei, Amerika, sei aber aus dem Tribunal ausgeschieden, die am meisten interessierte führe den Vorsitz mit entscheidender Stimme bei gewissen Fragen.

„Dies ist, sagt Lloyd George, **nicht der Vertrag, wie ihn Deutschland unterzeichnet hat.** Wenn man ein Abkommen unterzeichnet, auf Grund dessen man eine Summe zu zahlen hat, die durch A., B., C., D. und E. festgesetzt wird, dabei vor allem darauf vertraut, daß der Einfluß A.s, der mächtig und uninteressiert ist, für eine gerechte Entscheidung eingesetzt wird und A. sodann aus dem Kreise der Schiedsrichter ausscheidet, so ist man zu der Feststellung berechtigt, **daß sich der Charakter des Abkommens geändert hat.** Die Vertreter Frankreichs und Belgiens in der Reparationskommission sind ehrenwerte Männer, die gerecht zu verfahren wünschen, indessen, eine wachsame, eifersüchtige und anspruchsvolle öffentliche Meinung ist ständig bereit, ihr Urteil zu beugen.

Das Gleichgewicht des Vertrages ist deshalb gänzlich gestört. Es ist nötig, daß es wiederhergestellt werde, um ein gerechtes Urteil über die einzige in Betracht kommende Frage zu sichern, wieviel Deutschland zahlen kann."

Da also durch das Ausscheiden der Vereinigten Staaten die Reparationskommission geschwächt und ihr Charakter fast vernichtet worden sei, müsse man sich fragen, wie man aus diesem unrechtmäßigen Zustande wieder herauskommen könne. Von der Verweisung der Frage an ein neues Sachverständigenkomitee erwartet Lloyd George gar nichts. Die einzige Hoffnung auf eine gerechte und endgültige Entscheidung besteht seiner Meinung nach darin, die Vertretung der Vereinigten Staaten in der entscheidenden Körperschaft, wie immer sie beschaffen sein mag, zu sichern. Amerika brauche damit den Rest des Vertrages nicht gutzuheißen; eine gerechte und dauernde Lösung werde alsdann bald zustandekommen, die brennende Wunde schnell heilen und die Lage der Welt sich fortschreitend bessern.

*

Im übrigen geht Lloyd George auf die allgemeinen Fragen des Reparationsproblems ein. Er sagt, man muß sich darüber klar sein, ob man den Schuldner ruinieren oder Zahlung erlangen will. Mit einem deutlichen Hieb auf Frankreich bemerkt er: „Will man seinen Schuldner vernichten, so verlangt man mehr, als er vernünftigerweise zahlen kann, und nimmt sodann sein Haus, sein Land, sein Hab und Gut in Besitz, ohne Rücksicht darauf, ob sie zu verwerten sind oder nicht." Man dürfe vom Schuldner keine Summe verlangen, die ihn zu lebenslänglicher Sklaverei und Armut verdammt. **„Keine tapfere Nation wird so etwas lange aushalten." Man könne zwar dreißig Jahre lang von dem Brot jedes Kindes die Butter abkratzen und so ein oder zwei Milliarden Goldmark mehr Entschädigung verlangen,** aber das sei nicht der Sinn des Vertrages von Versailles. „Hungrige Gesichter schaffen zornige Herzen, und der Zorn verbreitet sich weiter wie der Hunger. Ich meine, was Deutschland zahlen kann, ohne eine Generation von Arbeitern zu ägyptischer Sklaverei und ihre Kinder zu halbem Hungertod zu verdammen. **Jede Unterdrückung führt, wenn sie fortgesetzt wird, schließlich zur Katastrophe des roten Meers.** Europa ist gerade erst mit großen Verlusten seinen Fluten entronnen. **Wir wollen nicht noch einmal hindurch."**

Botschafter Dr. Mayer.

Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, ist bekanntlich von Paris direkt nach München gereist, ohne vorher noch in Berlin Bericht zu erstatten. Eine Nachrichtenagentur kann feststellen, daß Dr. Mayer in der Tat schon seit längerer Zeit schwer krank ist und daß er schon lange die Absicht hatte, von seinem Posten zurückzutreten. Dr. Mayer leidet an schweren Magenblutungen, und die Pariser Aerzte hatten dringend abgeraten, jetzt zu reisen. Dr. Mayer hat bis zuletzt auf seinem Posten ausgehalten und ist, entgegen dem Rat der Aerzte, der Weisung der Reichsregierung gefolgt. Er ist dann direkt nach München gereist, wo er hofft, eine Besserung seines Leidens zu finden.

Französisch-amerikanische Verhandlungen.

Washington, 13. Januar. (TU.) Nach einer Meldung des „Petit Parisien" hatte der französische Botschafter in Washington Jusserand, gestern eine Unterredung mit dem Staatssekretär Hughes, dem er die Pläne der französischen Regierung genau auseinandersetzte. Vor allen Dingen soll Jusserand auch großen Wert darauf gelegt haben, zu erklären, daß Poincaré ebenso wie ganz Frankreich bereit sei, mit Deutschland zu verhandeln, soweit dieses nur Beweise seines guten Willens gegeben hätte. In Washingtoner gutunterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß diese Zusicherung die Möglichkeit einer demnächstigen endgültigen Lösung des europäischen Problems enthalte.

Wiedtfeld und Hughes.

Paris, 13. Januar. (EE.) Ueber die Besprechungen des deutschen Botschafters Dr. Wiedtfeld mit Staatssekretär Hughes weiß „New York Herald" zu berichten, daß der Staatssekretär die Versicherung gab, es müssen Anstrengungen gemacht werden, das Reparationsproblem zu lösen. Doch ließ er keinen Zweifel darüber, daß die amerikanische Regierung der Meinung sei, daß Deutschland bisher keine ernsthaften Anstrengungen gemacht habe, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Es solle daher versuchen, innerhalb seiner Leistungsfähigkeit zu zahlen.

Doch ein Stinnes-Angebot?

Luxemburg, 13. Januar. (DK.) Die DTA. erfährt aus hiesigen Industriekreisen Näheres über das von dem Pariser Berichterstatter der „Vossischen Zeitung" bereits vor einigen Tagen kurz angedeutete Angebot der Stinnes-Gruppe an Frankreich. Hugo Stinnes hat diese Meldung bekanntlich dementiert, doch ist die Quelle, aus der die DTA. schöpft, so zuverlässig, daß es zum mindesten nötig erscheint, daß Herr Stinnes sich jetzt eingehend zu dieser Frage äußert. Am 9. Januar d. J. hat nach dieser Information eine Gruppe deutscher Industrieller, an deren Spitze Herr Stinnes steht, durch die Vermittlung luxemburgischer Großindustrieller in Paris der französischen Regierung eine Anregung übermitteln lassen. In dieser Anregung wurde erklärt, daß die fragliche deutsche Industriegruppe bereit wäre, die Garantie für 18 Milliarden Goldmark zu übernehmen, die durch eine ausländische Anleihe aufgebracht werden sollten. Allerdings müßten dazu besondere Maßnahmen wirtschaftlicher Art getroffen werden, darunter in erster Linie die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, die Freigabe gewisser Industrieunternehmungen im besetzten Gebiete bzw. möglichst baldige Zurückziehung der Besatzung und keine neue Besetzungsaktion. Ferner wurden noch innerpolitische Bedingungen über die Privatisierung der Eisenbahnen und andere Reichsbetriebe gestellt. Die französische Regierung habe das Angebot abgelehnt, da es ihr nicht möglich gewesen sei, sich auf diese Bedingungen einzulassen, insbesondere nicht auf die innerpolitischen, da diese zu den Kompetenzen der deutschen Regierung gehörten.

Ein Dementi gegen Poincaré.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" dementiert die Behauptung Poincarés, daß die Herren Stinnes und Silverberg ihn um eine Zusammenkunft ersucht hätten, um einen Austausch von Kohle und Koks, unabhängig vom Reparationskonto, vorzuschlagen. Diese Darstellung des französischen Ministerpräsidenten sei unwahr und irreführend.

Die Kosten der Ruhrbesetzung.

Wenn man die bisherigen Besetzungsausgaben zugrundelegt, so kommt man nach zuverlässigen Schätzungen auf einen monatlichen Betrag von 7 Millionen Goldmark, die aus der neuen Besetzung des Ruhrgebietes entstehen. Davon fallen 6,5 Millionen Goldmark den beteiligten Ententestaaten und 0,5 Millionen Goldmark Deutschland zur Last. Die Ausgaben für die Transportkosten zur Durchführung des Antransportes der bei der Ruhrbesetzung verwandten Truppen sind auf eine Million Goldmark zu veranschlagen, wobei nur der deutsche und französische billige Militärtarif zugrunde gelegt ist. Demgegenüber machen die Kohlenmengen, mit denen Deutschland noch im Rückstand ist, den Betrag von 23 Millionen Goldmark aus und die rückständigen Holzlieferungen stellen einen Wert von 2½ Millionen Goldmark dar, Summen, die also in gar keinem Verhältnis zu der Geldvergeudung stehen, die sich Frankreich und Belgien jetzt durch ihr militärisches Vorgehen leisten.

Essen, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Stadtverordnetenversammlung in Essen beschäftigte sich am Donnerstag abend mit dem vollzogenen Gewaltakt. Von der Sozialdemokratie wurde durch den Genossen Steinbüttel folgende Erklärung verlesen: Wir schließen uns den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters (der Protest gegen die Besatzung) an und billigen seine im Interesse der Bevölkerung getroffenen Maßnahmen. Die Fraktion bekundet fernerhin ihre Entrüstung über die Besetzung unserer Stadt durch die Truppen der Siegerstaaten. Unsere Partei bekämpft alle Loslösungsbestrebungen und hält treu zur deutschen Republik. Da wir das Militär im eigenen Lande ablehnen, müssen wir auch gegen jede fremde Militärherrschaft, als eine Gewaltmaßnahme gegen die ruhig ihrer Arbeit nachgehende Bevölkerung, protestieren. Durch die getroffenen Maßnahmen der Siegerstaaten wird der Chauvinismus und der Revanchegedanke weiter gefördert. Die Arbeiterklasse wird nach solchen Gewaltmaßnahmen wiederum diejenige sein, welche allen Schaden zu tragen und wieder gutzumachen hat. Für eine Wiedergutmachung im Rahmen des Möglichen, um dem Vertrage von Versailles, Rechnung zu tragen, werden wir uns bei der gesamten Bevölkerung einsetzen. Wir lehnen jedoch den militärischen Zwang, gleichgültig von welchem Lande er ausgeht, mit aller Entschiedenheit ab und fühlen uns in diesem Sinne einig mit den Sozialisten aller Länder.

Auch der Kreistag nahm eine längere Entschließung an, in der es u. a. heißt: Im Einvernehmen mit der Kundgebung des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers, die sich der Kreistag in vollem Umfange zu eigen macht, erblicken wir in diesem Akt der Willkür einen Bruch des Vertrages von Versailles und eine frevelhafte Gefährdung des Weltfriedens. In dieser ernsten Stunde erneuern wir das Gelöbnis unserer unverbrüchlichen Treue zum deutschen Vaterlande, der deutschen Republik.

Die Eisenbahner unter Kriegsrecht.

Essen, 12. Januar. (Mtb.) Ein Befehl Degouttes an die Eisenbahner sagt, in dem Gebiet, wo die französischen und belgischen Truppen stationiert seien, unterstehe das Eisenbahn-, Schiffahrts- und Telephonpersonal dem Befehl des kommandierenden Generals. Nötigenfalls werde dem Verkehrspersonal die Abgabe von Lebensmitteln gegen Bezahlung zugesichert, soweit dies zu seinem Lebensunterhalt notwendig sei.

Nationalistische Bierbank-Courage.

Von Friedrich Wendel.

Zwecklos, zu verschweigen, was rings im Land geraunt, geschreit und nach dem dritten Glas Bockbier mit couragierter Zunge „offen und ehrlich", wie die nationalistische Redensart lautet, ausgesprochen wird: Ein Krieg ist zwar ein Unglück, aber wenn's nochmal jejen Frankreich jinge, Herr Nachbar ... Wir haben zwar — das vierte Glas wird ergriffen — die Schnauze voll, aber ... Natürlich stimme ick for den Weltfrieden, aber ... Ich bin selbstredend — selbstredend! — Pazifist, aaaber ...

Aber wenn's nochmal gegen Frankreich ginge, dann, ja dann ...

Ja was denn? Von Spießerbierbänken habe ich die Redensart in den letzten drei Tagen oft genug hören müssen: der allein interessierende Nachsatz ist nie ausgesprochen worden. Was er tun würde, der Patriot Piefke, wenn's gegen Frankreich ginge, das ist sein Geheimnis, sein dunkles, unenträtselbares, vor aller profanen nationalistischen Neuzier streng gehütetes Geheimnis.

Insofern also schaltet diese 1923er Kreszenz des Piefkeschen Patriotismus für die ernsthafte Diskussion aus. Nun aber gibt es betriebsame Ausbeuter der Piefkeschen Seele, und diese sprechen also: In einer Redensart, wie der erwähnten, offenbaren sich jene unter der Oberfläche des Geschehens fließenden und tätigen Regungen der Nationalseele, jene schwer definierbaren, der begrifflichen Erfassung immer unzugänglichen Impulse, auf die es sehr ankomme und mit denen der Staatsmann, der die letzten Weihen weg hat, zu rechnen habe. Was keinem Verstand der Verständigen zugänglich sei, darin lebe und webe die nährende mystische Dummheit, und eben auf sie komme es an.

Der Fachmann braucht nicht zu staunen und der Laie sich nicht zu wundern. Bitte: Psychologen stellten fest, daß es ein Unterbewußtsein beim Individuum gebe. Es hätte mit dem Teufel zugehen müssen, wenn nicht Kenner der Rotationsmaschine alsbald vom Unterbewußtsein des einzelnen auf ein Unterbewußtsein der organisierten Vielen, auf ein Unterbewußtsein der Nation hätten schließen mögen. So etwas ist doch zu fingern, Herrschaften! Und so erleben wir denn wieder einmal eine Zeit des gläubigen Sichversenkens in jene unter der Oberfläche schlummernden Regungen und Strömungen der Nationalseele, „auf die es ankommt".

Was diese Sorte Mystizismus, ausgenützt durch gefährliche Patrone, in der Geschichte, und zumal in der Geschichte Deutschlands, angerichtet hat, ist ein Kapitel des Grauens und der Entsetzlichkeit, geschrieben mit dem Blut armer Betrogener, die aus bösem Traum erst erwachen durften, wenn sie ihre Augen für immer vor der Sonne dieser Welt schließen mußten.

Wenn's noch einmal gegen Frankreich ginge, Herr Nachbar, dann, ja dann würde mit einem Schlage alle Not ein Ende haben! **Ein Krieg hat Europa ins Elend gebracht, aber ein neuer Krieg, es ist ja logisch, wird das Paradies etablieren!** Wir haben zwar keine Waffen, aber wenn's gegen Frankreich geht, verlassen Sie sich darauf, kommt der liebe Gott vom Himmel und bringt uns Kanonen und schwere MG.s! Wir haben zwar keine Verpflegungsvorräte, aber wenn's gegen Frankreich geht, wird Manna vom Himmel regnen und, Wunder der Wunder, dieses Manna wird sogar nicht verschoben werden! Man denke, in Deutschland nicht verschoben werden! Wir verabscheuen zwar alle den Krieg als kultivierte Menschen, aber wenn's gegen Frankreich geht, werden wir natürlich begeistert zu Biechern! Wie bitte? Die große Entdeckung des Jahres 1919 ist, daß Kanonen Weltfragen nicht mehr zu lösen vermögen? Ja, aber wenn's gegen Frankreich ginge ... Was sagen Sie? Selbst die Bourgeoisie, also eine Klasse, deren Intelligenz in mitleidserregendem Maße nachgelassen hat, ist dahinter gekommen, daß sich ein Krieg nicht mehr rentiert? Ja, wenn's aber doch gegen Frankreich geht ...

So reden sie, wirr — wie im Traum!
Ihr Wachen, scheucht Schlaf und Traum aus den Gehirnen!

„Ein Jahr ohne Liebe". Im Thalia-Theater gibt's wieder mal eine neue Operette. Wieder mal von Ludwig Hirschfeld, der sich mit Alfred Deutsch in das Thema teilt. Das handelt diesmal von einem sonderbaren Onkel, der seinen Neffen unter der Bedingung zu seinem Universalerben einsetzt, daß er „ein Jahr ohne Liebe" auf einer einsamen Insel einsam verlebt. Im allgemeinen ist das ja kein Konfliktsstoff, aber für die Operette genügt's, besonders wenn mit ein paar lustigen Einfällen und einigen Witzen grotesken Formats nicht gespart wird, wie es hier der Fall ist. Die Musik von Leo Ascher gibt freundliche Stimmungen in einer bescheiden geschmackvollen Manier und entbehrt, ohne dem Orchester allzu viel zuzumuten, doch nicht der Charakteristik. Daß der Komponist von verwandten Klängen nicht loskommt, soll man ihm bei dem Genre nicht übelnehmen. Die Aufführung war vorzüglich vorbereitet und gut inszeniert. Siegfried Arno und Dora Hrach, auf wirkungsvollste Komik eingestellt, Ida Bané und Johannes Miller, gesanglich zufriedenstellen, bildeten die Hauptstützen. Man sollte sich aber endlich an dieser Bühne von der lästigen Unsitte freimachen, jede Gesangsnummer den unentwegten Claqueurs zu Gefallen dreimal zu wiederholen.
k.

Die Tänzerin Ruth Schwarzkopf gab im Blüthner-Saal vor einem sehr zahlreichen Publikum Proben einer sympathischen Kunst, die allerdings nicht zu Superlativen herausfordert und die sich schwer charakterisieren läßt, weil ihr die persönliche Note fehlt. Ihr Vorzug besteht in einer beweglichen, fruchtbaren, durch strenge Geschmackskultur veredelten Phantasie und in einer wirklich gediegenen Technik, die zu dem aufgeplusterten Dilettantismus der heute beliebten Seelenhopserei sehr angenehm kontrastiert. Das Höchste freilich bleibt aus: weder feinlyrischer Stimmungszauber noch dionysische Ekstase wurden in diesen braven, soliden Tänzen lebendig. Zwei fein und klug komponierte Mosaiken aus kleinen technischen Bravourdetails, der „Bogentanz" (Schubert) und das „Crescendo" **(Lasson), bildeten die Delikatessen in dem gut bürgerlichen Pudding** des Programms. Den stärksten Beifall fanden, wie immer, die wohlfeileren Effekte der drolligen und parodistischen Nummern: ein „Bauerntanz" (Grieg), eine „Marionette" (Rebling) und der „Carneval" (Tedeschi).
J. S.

Nationale Operettentrauer. Wie wir in der heutigen Morgennummer bereits kurz mitteilten, wollen die Direktoren der hiesigen Operettenbühnen der Verordnung der Staatsregierung, den morgigen Sonntag als einen nationalen Trauertag zu begehen, sich nicht unterwerfen. Sie seien weder imstande, ernste Stücke aufzuführen, noch gedächten sie ihre Theater am Sonntag zu schließen.

Dieses Hervorkehren der privaten Geldsackinteressen gegenüber einer nationalen Ehrenpflicht, der sich kein anständig denkender Deutscher entziehen sollte, wirkt besonders ergreifend bei den Direktoren dieser fragwürdigen Kunsttempel, deren wirtschaftliche Lage im allgemeinen unvergleichlich günstiger ist als die aller anderen Berliner Theaterleiter und die den Ausfall eines Sonntagsabends am ehesten ertragen könnten. Hoffentlich finden die dazu berufenen behördlichen Instanzen Mittel und Wege, um der Verordnung des Staatsministeriums auch gegenüber diesen Patrioten Respekt zu verschaffen.

Werthers Pistolen. Das 150jährige Jubiläum von Goethes Aufenthalt in Wetzlar hat eine Ausstellung von Denkwürdigkeiten an diese Zeit gebracht, die den Werther entstehen ließ. Das Lottehaus wurde geschmackvoll wiederhergestellt, und vieles Unbekannte oder Verborgene trat aus Familienbesitz zutage, durch das die Sammlungen nunmehr zu einer Sehenswürdigkeit geworden sind. Wichtige neue Goethe-Funde, die dabei gemacht wurden, bespricht Prof. Heinrich Gloël in der Leipziger „Illustrierten Zeitung". So sind Werthers Pistolen ans Licht gekommen. Am 29. Oktober 172 schickte das Urbild des Goetheschen Werther, der Legationssekretär Jerusalem, an Lottes Bräutigam Kestner ein Briefchen, das Goethe wörtlich in den „Werther" aufgenommen hat: „Dürfte ich Euer Wohlgeboren wohl zu einer vorhabenden Reise um Ihre Pistolen gehorsamst ersuchen?" Die „vorhabende Reise" ging in den Tod. Jerusalem erschoß sich, nachdem er die Pistolen erhalten hatte. Diese wurden von Kestner aufbewahrt, von seinen Nachkommen sorgsam gehütet, und sind zu der Jubiläumsausstellung in die Räume zurückgekehrt, in denen sie einst solches Unheil angerichtet hatten. Eine dieser Pistolen wird als Leihgabe im Jerusalem-Zimmer verbleiben; es ist nicht etwa eine schwere Reiterpistole, sondern ein Pistölchen von nur 17 Zentimeter Länge mit 1 Zentimeter Kaliber.

Urania-Vorträge. Sonnt.: „Oberammergauer Passionsspiele"; Mont.: „Steinachs Forschungen"; Dienst., Sonnab.: „Im Kampf mit dem Berge"; Mittw.: „Die Rätsel des Vogelzuges"; Donn., Freit.: „Mit Schnellzug und Ozeandampfer von Berlin nach New York".

Die größte Buchauflage. Die höchste Auflage aller Bücher der Erde hat der Almanach, der in der chinesischen Staatsdruckerei zu Peking gedruckt wird, mit 6 Millionen Exemplaren jährlich. Der Almanach genießt ein solches Ansehen, daß seine Riesenauflage stets ausverkauft ist.

Die Verschiebung des Verfalltages.

Paris, 13. Januar. (WTB.) Die Reparationskommission hat beschlossen, den Termin für die deutschen Zahlungen vom 15. auf den 31. Januar hinauszuschieben.

Paris, 13. Januar. (Eca.) Die Meinungen in den Delegationen der Reparationskommission sind, wie der diplomatische Mitarbeiter des „Cablogramme" erfährt, sehr geteilt. Bradbury bestehe noch immer darauf, ein Moratorium ohne Pfänder zu gewähren. Italien habe einen Vorschlag ausgearbeitet, der ungefähr folgendes enthält: Wiedereinführung der Ein- und Ausfuhrgebühren, Ausdehnung der Besetzung durch die Alliierten über den Rhein hinaus, interalliierte Kontrolle der Staatsgruben und der staatlichen Forstverwaltungen. Belgien neige mehr dem französischen Plane zu, der außer den bereits getroffenen Maßnahmen im Ruhrgebiet eine Reihe von weiteren Sachlieferungen und die Kontrolle über die Gruben vorsieht.

Der Kampf um Memel.

Der litauische Geschäftsträger hat heute im Auswärtigen Amte die offizielle Erklärung abgegeben, daß seine Regierung den Vorgängen im Memelgebiet vollkommen fernstehe. Die litauische Regierung habe vielmehr alle Maßnahmen ergriffen, um einen Uebertritt litauischer Freiwilliger in das Memelgebiet zu verhindern. Reguläre oder auch nur irreguläre litauische Truppen seien an den Vorgängen überhaupt nicht beteiligt.

Die Litauische Telegraphen-Agentur meldet: Der französische und der englische Vertreter legten bei der litauischen Regierung Protest gegen das angebliche Einrücken litauischer Parteigänger in das Memelgebiet ein und ersuchten die litauische Regierung ihren Einfluß geltend zu machen, um Ausschreitungen gegen Personen und Eigentum zu verhindern. Die litauische Regierung erklärte in ihrer Antwort, daß sie die Bestrebungen der litauischen Patrioten verstehe, da die anormale Lage des Memelgebietes in jeder Beziehung unerträglich geworden sei. Dessen ungeachtet könne sie in das ihrer Souveränität nicht unterstehende Gebiet nicht eingreifen und sie habe Maßnahmen getroffen, um die Grenze vor Einfällen zu schützen. Die litauische Regierung sehe keinen Grund, diese Stellungnahme zu ändern.

Der Ministerpräsident erklärte jedoch Vertretern der Presse, daß Litauen nicht indifferent bleiben werde, wenn gegen die litauische Mehrheit, die im Memelgebiet die Organe bilden wolle, welche dem politischen und nationalen Interesse der Mehrheit entsprechen, Maßnahmen angeordnet würden.

Nach einer Meldung des „Temps" werden voraussichtlich englische und französische Kriegsschiffe nach Memel entsandt werden. Sollten die Litauer vorher in die Stadt eindringen, so würden sich die französischen Truppen darauf beschränken, in ihren Quartieren zu bleiben. Wie das „Memeler Dampfboot" meldet, teilte das Oberkommissariat mit, daß ein englischer Kreuzer demnächst in Memel erwartet wird. Später sollen noch einige andere englische Kriegsschiffe folgen.

Polnische Besorgnisse.

London, 13. Januar. (WTB.) Der Warschauer Berichterstatter der „Times" schreibt, während die polnische Geschäftswelt die französischen Freundschafts- und Unterstützungsversicherungen erwidere, beginne sie doch Zweifel über die Polen dadurch entstehenden Vorteile zu hegen. Die französisch-polnische Freundschaft habe eine Kehrseite, die jetzt zu Tage trete. Man sehe, daß die jüngste Entwertung der deutschen Mark auf die Haltung Frankreichs zurückzuführen sei, und die polnische Mark sei gleichfalls mit der deutschen gefallen, was eine Erhöhung der Lebensmittelpreise und eine Verteuerung der allgemeinen Lebenshaltung zur Folge gehabt habe, die den einzelnen träfe. Die Lage der polnischen Bergarbeiter im Ruhrgebiet rufe ebenfalls Besorgnis hervor. Die polnische Handelswelt wünsche keine weiteren äußeren Verwicklungen, besonders deshalb nicht, weil der polnische Handel mit Deutschland weit größer sei als der mit Frankreich.

Der Eindruck der deutschen Note in Italien.

Rom, 13. Januar. (TU.) Die Note, mit der die deutsche Regierung den Schritt Frankreichs im Ruhrgebiet beantwortet hat, ist in der Fassung an die italienische Regierung in durchaus versöhnlichem Tone gehalten. Die Presse findet jedoch, daß die Maßnahmen der deutschen Regierung in mancher Hinsicht nicht von demselben Geiste beherrscht sind. Jedenfalls fordert sie die Regierung auf, ihre vermittelnden und friedlichen Bemühungen energisch fortzusetzen. Der englische Botschafter hatte mit dem Minister des Aeußeren gestern abend eine sehr lange Unterredung.

Französische Absichten.

London, 13. Januar. (WTB.) „Evening News" veröffentlicht eine Erklärung, die General Degoutte gegenüber dem Berichterstatter des Blattes in Düsseldorf abgegeben hat. Der General sagte, seine militärischen Bewegungen seien jetzt beendet, es werde

kein weiterer Vormarsch

stattfinden, außer wenn Frankreich und seine Alliierten „von Deutschland provoziert" würden. Der übrige Teil des Planes, den der französische Generalstab vorbereitet habe, werde nicht durchgeführt werden, es sei denn, daß die deutsche Regierung gewaltsame Befehle erteile oder daß die deutsche Bevölkerung feindselige Akte begehe. Er glaube nicht, daß irgend etwas dieser Art geschehen werde. Die Bevölkerung sei ruhig geblieben. Er verfüge über Beweise, daß die Arbeit der französisch-belgischen Ingenieure erfolgreich sein werde.

Paris, 13. Januar. (WTB.) „Oeuvre" schreibt, es sei möglich, daß die Besetzung des Ruhrgebiets infolge des Beschlusses der deutschen Regierung, die Reparationszahlungen und -leistungen für Frankreich und Belgien auf die Dauer der Besetzung einzustellen, heute noch eine Ausdehnung erfahren werde. In diesem Falle würden die französischen Truppen, die bereits in Gelsenkirchen seien, Bochum und entlang dem Norduser der Ruhr die Linie Werden—Hattingen—Witten besetzen.

Devisenkurse.

	13. Januar		12. Januar	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	4069.80	4090.20	4119.67	4140.33
1 argentinische Papier-Peso .	3870.30	3889.70	3890.25	3909.75
1 belgischer Frank	658.35	661.65	663.33	666.67
1 norwegische Krone	1915.20	1924.80	1940.13	1949.87
1 dänische Krone	2039.88	2050.12	2074.80	2085.20
1 schwedische Krone	2753.10	2766.90	2793.—	2807.—
1 finnische Mark	258.10	259.40	256.35	257.65
1 japanischer Yen	5037.87	5062.63	5012.93	5085.51
1 italienische Lire	508.72	511.28	513.71	516.27
1 Pfund Sterling	47880.—	48120.—	48528.35	48771.68
1 Dollar	**10324.12**	**10375.88**	**10389.93**	**10451.07**
1 französischer Frank	728.17	781.83	723.18	726.82
1 brasilianischer Milreis . . .	1167.07	1172.93	1147.12	1152.88
1 Schweizer Frank	1975.05	1984.95	1965.07	1974.93
1 spanische Peseta	1635.96	1644.10	1635.96	1644.04
100 österr. Kronen (abgest.) . .	14.96	15.04	14.86	14.94
1 tschechische Krone	300.24	301.76	296.25	297.75
1 ungarische Krone	4.05	4.09	3.94	3.96
1 bulgarische Lewa	69.82	70.18	70.82	71.18
1 jugoslawischer Dinar	106.23	106.77	106.23	106.77

Wladimir Medem.

Eine telegraphische Meldung aus New York brachte uns die traurige Nachricht, daß dort am 9. Januar der bekannte russische Sozialist Wladimir Medem im Alter von 43 Jahren gestorben ist.

Mit dem frühzeitig Verstorbenen ist nicht nur einer der glänzendsten Redner und geistreichsten Publizisten der Internationale, sondern auch eine der interessantesten Figuren des europäischen Sozialismus dahingegangen.

Sein Lebenslauf war auch für einen russischen Revolutionär nicht ganz gewöhnlich. Als jüngster Sohn eines Regiments-Oberarztes 1879 in Minsk geboren, wählte er nicht, gleich seinen älteren Brüdern, die militärische Laufbahn, sondern wandte sich, noch als junger Student, der revolutionären Arbeiterbewegung zu.

Es waren speziell die wirtschaftlich und politisch geknechteten jüdischen Proletarier seiner Heimatstadt, denen er seine Tätigkeit widmete. Obwohl als orthodoxer Christ geboren und im russischen Offiziersmilieu aufgewachsen, hielt er sich wegen seiner jüdischen Abstammung verpflichtet, seine Kraft in den Dienst dieser „Parias unter den Proletariern" zu stellen. Er schloß sich dem „Jüdischen Arbeiterbund" in Rußland an, lernte „jiddisch" reden und schreiben, wurde einer der Führer dieser Partei und einer der besten Kenner der jüdischen und der nationalen Frage in Europa.

Er machte in vollem Maße den Leidensweg aller russischen Sozialisten durch: Gefängnis, Verbannung, Emigration. Im Jahre 1913 wurde er bei seiner Rückkehr nach Rußland verhaftet und in Warschau zur Zwangsarbeit verurteilt. Der Einmarsch der deutschen Truppen in Warschau im Herbst 1915 brachte ihm die Freiheit. Aber seine Gesundheit war durch die Haft ruiniert. Im Jahre 1920 ging er im Auftrage der Partei zu Agitationszwecken nach Amerika. Dort ereilte ihn der Tod. Ehre seinem Andenken!

Wie Deutschösterreich saniert wird.

Da die Zwischenkredite, die bis zur Goldkronenanleihe helfen sollen, nicht kommen, verpfändet die Regierung immer weitere Teile des Anteils, den Deutschösterreich am aufzuteilenden Goldschatz der Oesterreichisch-Ungarischen Bank hat, den Großbanken, die dafür wieder **stramm Noten drucken. Der christlichsoziale Finanzminister Dr. Kienböck**, der seinerzeit die Stillegung der Notenpresse hinausposaunt hat, nennt diese Maßnahme ein „Provisorissimum"!

Zu Weihnachten sind 24 000 Staatsangestellte entlassen worden, zu Neujahr etwa 1000; sämtliche Reinemachfrauen an der Wiener Universität sind gekündigt worden usw. Um zu sparen, sollen die stenographischen Protokolle des Parlaments sowie Anfragen und ihre Beantwortung nicht mehr gedruckt werden und Anträge nur, wenn sie zur Beratung kommen.

Einschränkung der angekündigten Pressehilfe. Der Reichsrat lehnte den Vorschlag der Reichsregierung, die Holzabgabe, die von den Waldbesitzern zur Verbilligung des Papiers erhoben wird, um 1 auf 1½ Proz. zu erhöhen, ab und nahm nur einen sächsischen Antrag an, der nur eine Erhöhung um ½ auf 1 Proz. vorsieht.

Auf der Suche nach einem Finder.

Ehrliche Finder waren leider stets so rar, daß man sie mit der Laterne suchen mußte. Wir wissen nicht, ob es in letzter Zeit noch schlimmer geworden ist. Möglich wär's, denn zunehmende Teuerung und wachsende Not könnten auch Ehrliche in Versuchung führen. Aber die Not sollte freilich auch Unehrliche nachdenklich machen und ihnen die Frage nahelegen, ob nicht der Verlierer selber in Not ist und durch den Verlust schweren Schaden erleidet. Schon mancher ehrliche Finder, der dem Verlierer sein schmerzlich vermißtes Eigentum getreulich zurückgab, sah sich tausendfach belohnt durch die Freude, die er einem Bedürftigen machte. — Wie ein Verlust mitunter auf den Verlierer wirkt, das zeigt ein Brief, der uns zugegangen ist. Wir geben aus ihm die wichtigsten Teile in folgendem wieder:

„Am Sonnabend, den 30. Dezember 1922, nach 2 Uhr — die Arbeiter strömten in Scharen zur Bahn — fuhr auch ich vom Potsdamer Bahnhof nach Gesundbrunnen. Der Zug war gedrängt voll, auf dem Gesundbrunnen kamen neue Scharen. In diesem Gewühl habe ich einen Karton mit Handarbeiten zum Sticken liegen lassen. Man konnte sich ja nicht rühren oder um sich sehen. Ein blauer Emailletopf war auch noch drin. Zweimal war ich schon nach dem Fundbureau, aber der Karton war nicht da. Reiche Leute erhielten ihre Sachen wieder. Eine Tasche mit Scheckbuch, ein Paket Schirme mit Stock, eine wollene Jacke, ein Karton mit Putz und Strümpfen — Dinge, welche in der zweiten Klasse liegen blieben —, das war da. Aber arme Leute? Eine Tasche mit Noten, ein Schirm eines armen Mädchens, eines alten Mannes Paket mit Hemden — nichts war da. Da habe ich mich geschämt, und kann es noch immer nicht fassen. Sind wir Arbeiter schon so tief gesunken, daß Mitleid und Ehrlichkeit gegen Seinesgleichen ganz verschwunden sind? Ist aller Stolz dahin? Ein jeder Berliner kennt doch solche Lieferkartons und weiß, daß man die Sachen ersetzen muß. Es hat doch für Arbeiter nicht viel Wert. Es war auch nicht für mich, ich hatte es für eine andere Frau mitgenommen. Ich bin auch das Fahren nicht gewöhnt. Nun muß ich es ersetzen, es ist doch meine Schuld."

Die Briefschreiberin schließt in der Hoffnung, daß die Ehrlichkeit doch noch nicht ganz geschwunden ist, mit dieser Bitte: „Vielleicht liest es der Finder, und es schlägt ihm das Gewissen. Damit er nicht viel Mühe hat, könnte es ja auf dem Bahnhof abgegeben werden, wo es gefunden wurde, mit der Angabe, daß es am 30. gefunden wurde. Dies ist die Hauptsache, da die Sachen im Fundbureau nach Tagen geordnet werden. Ich gehe dann nochmal hin, auch habe ich meine Adresse dagelassen. Im voraus vielen Dank. Würde ja auch etwas zahlen zur Belohnung."

In der Einleitung ihres Briefes sagt die bekümmerte Frau, daß ihr Mann Tischler und 60 Jahre alt ist und „vielleicht noch eine Woche Arbeit hat". Wir wollen hier auch ihren Namen nicht verschweigen. Unterzeichnet ist Frau Brandt, Berlin, Graunstraße 34, 1. Quergebäude I. Wer möchte nicht ihrer Suche nach dem Finder den besten Erfolg wünschen?

Um die Schnellbahn Neukölln-Gesundbrunnen.

Die AEG. ist bekanntlich durch Reichsgerichtsurteil zur Fertigstellung der Baustrecke in der Neuen Friedrichstraße, die eine Länge von 500 Metern besitzt, verpflichtet worden. Das Urteil besagt jedoch nicht, bis zu welchem Termin die Vollendung dieser Strecke zu erfolgen hat. Zwischen dem Magistrat Berlin und der AEG. werden deshalb in nächster Zeit Verhandlungen über die Baustrecke beginnen. Denn die Stadt wird auf Grund des ergangenen Reichsgerichtsurteils von der AEG. unbedingt die sofortige Inangriffnahme der noch auszubauenden kleinen Reststrecken verlangen, um die Schnellbahn vom Gesundbrunnen wenigstens bis zum Oranienplatz betriebsfähig zu machen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Bauten in der Neuen Friedrichstraße, die nach Meinung der zuständigen städtischen Stellen selbst unter den heutigen Verhältnissen in Angriff genommen und durchgeführt werden können. Nach alledem ist damit zu rechnen, daß durch das Reichsgerichtsurteil die Streitigkeiten noch nicht endgültig beigelegt sind. Vom Standpunkt der Allgemeinheit wäre angesichts der immer unerträglicher werdenden Verkehrsverhältnisse die Fertigstellung dieser wichtigen neuen Untergrundbahnlinie sehr erwünscht, und man kann nur hoffen, daß in den kommenden Verhandlungen zwischen Magistrat und AEG. eine baldige Verständigung nach dieser Richtung hin erzielt wird.

Bernotats Doppelleben.

Die neue Taktik des „Sport-Einbrechers".

Der Andrang des Publikums zu dem Bernotat-Prozeß in Moabit ist heute so groß, wie kaum jemals zu einem anderen Kriminalfall. Neben einem sehr eleganten Publikum sieht man allerdings auch sehr viele „Professionals", die wohl weniger die „Arbeitskniffe" Bernotats, als seine Verteidigungstaktik studieren wollen. Der Prozeß brachte auch gleich zu Beginn eine überraschende Wendung.

Der Verteidiger R.-A. Dr. Frey gibt folgende Erklärung ab: Als Verteidiger Bernotats habe ich während der Ausführungen des Angeklagten sehr oft das Gefühl gehabt, daß das Gericht nicht alles als wahr, sondern als direkt unwahr betrachtet hat. Ich muß auch gestehen, daß ich mich selbst davon überzeugt habe, daß die Verteidigung Bernotats unrichtig ist. Nach seinen Erklärungen sind es nicht 13 Fälle des Einbruchdiebstahles, die die Anklage kennt, sondern einige hundert Fälle. Bernotat hat ein Doppelleben geführt. Am Tage ist er der reiche, vornehme Mann gewesen, der Eigentümer von Pferden und Automobilen, und nachts hat er mit anderen eingebrochen, zweifellos nicht, um Beute zu machen, sondern aus einer Art krankhafter Veranlagung und aus einem Nervenkitzel. Auf die Frage des Vorsitzenden an Bernotat, was er zu der Erklärung des Verteidigers sage und ob er ein umfassendes Geständnis ablegen wolle, erwidert er mit: Ja. Staatsanwalt Oltrogge trat dem Antrag der Verteidigung auf Vertagung entgegen. Es sei leicht, hinterher zu sagen, Bernotat habe nur „sportsmäßig" Einbrüche verübt. Es handle sich bei Bernotat um den Typ des gewohnheitsmäßigen Verbrechers. Er glaube auch nicht, daß das Gericht eine fortgesetzte Handlung annehmen werde. Das Gericht geht dann mit Kaminski die einzelnen Fälle des gemeinschaftlichen Diebstahles durch. Der erste Diebstahl, der zur Sprache kommt, ist der bei dem chilenischen Generalkonsul Puelma. Kaminski gibt hierüber an: Bernotat kannte die Wohnung, weil früher dort ein Spielklub war. An einem Nachmittag schlossen wir die Wohnung auf und räumten sie aus. Ein Dritter war nicht dabei. Dann äußert sich Kaminski zu dem Diebstahl bei dem Ingenieur Weber in der Lantener Straße. Ich wollte dort einen Pelz kaufen, aber Bernotat, der mich begleitete, meinte: Den können wir billiger haben. Wir haben dann nachmittags eingebrochen, haben den Pelz, Perserteppiche und andere Sachen fortgeholt. Bernotat wollte aber noch den Silberkasten und die Schreibmaschine haben und bei diesem Coup wurden wir gefaßt. Bernotat bestätigt diese Angaben Kaminskis in vollem Umfang. Bezüglich der Wiesbadener Einbrüche bestreiten die Angeklagten, den Einbruch im Hotel Spiegel am 27. September begangen zu haben. Der Angeklagte Bernotat gibt die gemeinschaftlichen Diebstähle mit Kaminski zu. Bei einzelnen Fällen, bei denen Kaminski als Mittäter nicht in Frage kommt, erwähnt er aber wieder seinen geheimnisvollen Freund „Grohmann", der mit ihm zusammen „gearbeitet" haben soll. Kaminski hebt mit Genugtuung hervor, daß sie in einzelnen Fällen großmütig gehandelt hätten. So hätten sie bei einem Herrn Joseph einen ganzen Stoß Teppiche gefunden, aber nur einen, den er zum Kauf angeboten, mitgenommen. Wir haben noch eine ganze Anzahl Diebstähle in Pensionen und Hotels ausgeführt. Alle in der gleichen Weise mit Dietrichen oder Nachschlüsseln. In der Pension Korty in der Rankestraße nahmen wir einem Argentinier den Koffer weg. Das Geld und die Brillanten behielten wir. Die anderen Sachen und Papiere gaben wir wieder ab. Auf eine Frage des Vorsitzenden, wie hoch er die Zahl der Einbrüche schätze, meint Kaminski: Etwa 60 bis 100. Es sind aber mehr mit denen, bei denen wir nichts genommen haben.

Die nächste außerordentliche Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung beginnt um 3 Uhr nachmittags. Die Tagesordnung ist dieselbe wie die für die letzte Sitzung. Die Versammlung ist auch dann beschlußfähig, wenn die sonst vorgeschriebene Zahl (Hälfte) nicht anwesend sein sollte.

Der Mord in der Bayreuther Straße ist noch nicht aufgeklärt. Die Mordkommission ist immer noch besonders damit beschäftigt, zu ermitteln, wo sich Nowack am Donnerstag abend aufgehalten hat. Nach einer Mitteilung sollte er sich am Donnerstag nachmittag zum 5-Uhr-Tee im Café Imperator aufgehalten haben. Das trifft nach den neuesten Feststellungen nicht zu. Nowack ist vielmehr dort am Abend vorher mit einem Geschäftsfreunde gewesen. Dieser hat ihn am Donnerstag nicht mehr gesehen.

Zu dem Fabrikbrand bei der Apparate- und Maschinenfabrik von Hans Windhoff A.-G., Bennigsenstr. 20—22, wird uns mitgeteilt, daß der Brand nicht bei der genannten Firma sondern bei Paul Tem, Bennigsenstr. 23—24 stattgefunden hat.

Zur Regelung des Verkehrs während der morgigen Kundgebung der bürgerlichen Parteien am Königsplatz wird folgendes bekanntgemacht: Es werden gesperrt 1. von 10 Uhr 30 vormittags bis 1 Uhr 30 nachmittags der Pariser Platz zwischen Brandenburger Tor und Neue Wilhelm-Straße für jeden Verkehr; 2. ab 12 Uhr mittags der Zugang vom Königsplatz zur Dorotheen-Straße, der Zugang von der Dorotheen-Straße zur Neuen Wilhelm-Straße, Brandenburger Tor, sowie der Zugang von der Budapester Straße zur Voß-Straße für jeden Fußgängerverkehr. Der Straßenbahnverkehr während der ganzen Zeit ist unbehindert. Der übrige Fuhrwerksverkehr wird durch besondere Verkehrsposten entsprechend umgeleitet.

Die Theatervorstellung im Neuen Theater am Zoo morgen, Sonntag, den 14., nachm. 3 Uhr, findet statt. Die Abonnenten des Vereins Arbeiterjugend haben 170 M. nachzuzahlen. Nicht benutzte Karten werden nicht zurückgenommen.

Folgende sozialistische Geistliche sprechen am Sonntag, den 14. Januar 1923: Pfarrer Schmidt in der Thomas-Kirche, SO., Mariannenplatz, vormittags 10 Uhr; Pfarrer Francke, nachmittags 6 Uhr, in der Heilig-Kreuz-Kirche, SW., Blücherplatz; Pfarrer Bleier, vormittags 10 Uhr, in der Trinitatis-Kirche, Charlottenburg, Karl-August-Platz, über: „Das Christentum im Kampfe gegen den Alkohol". Lic. theol. Dr. phil. Piechowski, vormittags 10 Uhr, in Neukölln, in der Philipp-Melanchthon-Kirche, Kranzer Straße 16, über das Thema: „Optimismus und Pessimismus".

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst etwas kälter, vielfach heiter, bei ziemlich frischen westlichen Winden. Nachher neue Erwärmung und zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

11. **Kreis Schöneberg-Friedenau.** Alle Genossen und Genossinnen treffen sich am Sonntag vormittag 9½ Uhr zum Abmarsch in der Schlegelbrauerei in folgenden Lokalen: 77 und 78 Abt. bei Böll, Martin-Luther-Str. 69. 79. Abt. bei Graß, Gedanstr. 17. 80 Abt. bei Görlich, Rubensstraße, Ecke Begastr. 81. Abt. bei Ulbricht.

6. **Abt.** Die Genossen treffen sich am Sonntag vormittag 9 Uhr bei Dobrohlam, Swinemünder Str. 11, zum gemeinsamen Abmarsch.

21. **Abt.** Treffpunkt sämtlicher Genossen und Genossinnen Sonntag früh 8½ Uhr bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.

29. **Abt. Britz-Buckow.** Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, sich vollzählig an der Demonstration Sonntag vormittag 11 Uhr, im Garten des Schultheiß-Ausschank, Hasenheide, zu beteiligen.

Eine Lebenswende der Volkshochschule.

Als eine Lebenswende kann man das Stadium bezeichnen, in dem sich die Entwicklung der Volkshochschule Groß-Berlin gegenwärtig befindet. Aeußerlich wird der jetzt eingetretene Zustand bezeichnet durch einen Existenzkampf des Instituts, bei dem es um Leben und Tod geht. Bisher standen der Volkshochschule relativ hohe, zum mindesten ausreichende Zuschüsse aus dem Stadtsäckel zur Verfügung; infolge der Zusicherung solcher Zubußen ist das Unternehmen von seinen eigentlichen Trägern ins Leben gerufen worden, und die Zuschüsse haben es bisher auch am Leben erhalten. Inzwischen stiegen alle Ausgaben ins Unmeßbare — und zugleich lehnte bei den letzten Etatsberatungen die Stadt Berlin eine in den Preissteigerungen begründete Erhöhung der Zuschüsse radikal ab. Die schließlich bewilligte Summe war so gering, daß sie die Existenz der Volkshochschule nicht mehr entfernt gewährleistete. Die eigene Finanzkalamität der Stadt war neben anderen, ins politische Gebiet spielenden Motiven maßgebend für diesen Entschluß der Stadtverwaltung.

Damit war die Frage nach Sein oder Nichtsein der Volkshochschule Groß-Berlin gestellt. Die Leitung des Instituts, Geschäftsführung, Vorstand und Mitgliederversammlung, zweifelten jedoch keinen Augenblick, daß eine Preisgabe der Volkshochschule auf jeden Fall verhindert werden mußte. Sollte es mit der Stadtgemeinde nicht gehen, mußten andere Wege ohne sie gesucht werden. Nachdem der bisherige wirtschaftliche Träger des Unternehmens sich als zu wenig leistungsfähig erwiesen hatte, mußten andere wirtschaftliche Stützen errichtet werden. Was lag da näher als der Versuch, die Kräfte, die bisher von außen, von der Stadt gekommen waren, aber jetzt versagten, in der Volkshochschule selbst, in den Kreisen zu suchen, für die das Unternehmen selbst seiner Bestimmung gemäß geschaffen ist! In der äußeren Form erfolgte diese Umstellung durch die Gründung einer Vereinigung von Freunden der Volkshochschule. Die Vereinigung richtete ihren von namhaften Persönlichkeiten unterstützten Appell an die Hörer der Volkshochschule, an die Arbeitnehmerorganisationen aller Richtungen und an andere an der Sache um ihrer selbst willen interessierten Kreise. Der Ruf an die Hörer und an die letztgenannten Kreise hatte einen vollen Erfolg, und auch die Organisationen werden es sich noch zu überlegen haben, was sie zur Erhaltung der Hochschule des Volkes zu tun gedenken. Dieser erste Schritt bedingte einen zweiten. Will die Volkshochschule aus eigener, innerer Kraft bestehen, so wird sie auch nur den Umfang haben können, der dieser Kraft angemessen ist. Darum erfolgte die Verminderung der Zahl der Lehrstätten auf neun, während bisher die doppelte Anzahl Lehrstätten unterhalten wurde. Aber wir sehen darin keinen Rückgang. Diese Vorgänge im Leben der Volkshochschule bedeuten eine Entwicklung zur größeren Verinnerlichung, zur strafferen Zusammenfassung der inneren Kräfte des Instituts, die zum Ausgangspunkt einer Steigerung dieser inneren Kräfte führen wird. Aus einer bloßen Form wird die Volkshochschule auf diesem Wege der Ausdruck einer Bewegung, die im Bewußtsein der arbeitenden Bevölkerung Berlins, die den größten Teil der Hörer stellt, lebendig ist. Und darum muß die arbeitende Bevölkerung das Institut auf seinem neuen Wege nach Kräften fördern. Am Montag beginnen in allen Lehrstätten die neuen Kurse.

* * *

Für die nächste Woche beginnenden Kurse sind Hörerkarten zu erhalten an folgenden Stellen: Vorwärts-Buchhandlung, Lindenstr. 2, Freiheit-Buchhandlung, Urbanstr. 7, Volksbühnen-Buchhandlung, Köpenicker Straße 68, Arbeiter-Buchhandlung, Annenstr. 1, Landsgemeindehaus, Sophienstraße 23. Dort liegt auch der Lehrplan zur Einsicht aus. Beitrittserklärungen zur „Vereinigung der Freunde der Volkshochschule Groß-Berlin“ sowie Geldsendungen sind zu richten an die Geschäftsstelle der Volkshochschule Groß-Berlin, NW 7, Georgenstraße 34/36.

Theater der Woche.

Vom 14. bis 22. Januar.

Volksbühne: 14., 18. und 19. Mein Leopold. 15. und 17. Der Verschwender. 16. Die Lüge. 20. und 21. Das Wintermärchen. — **Opernhaus:** 14. Fidelio. 15. Götterdämmerung. 16. Boheme. 17. Der Schatzgräber. 18. Der fliegende Holländer. 19. Troubadour. 20. Carmen. 21. Aida. 22. Tiefland. — **Schauspielh.:** 14. Peer Gynt. 16., 19., 21. Polterabend. D. Fest d. Handwerker. 18. Macbeth. 17., 22. Hoballa. 18. Peer Gynt. 20. Maria Stuart. — **Deutsches Theater:** 14., 16., 18., 20. und 21. Kaiser Karls Geisel. 15. Das Glas Wasser. 17. Hamlet. 22. Der lebende Leichnam. — **Kammerspiele:** 14., 18. und 20. Das Glas Wasser. 15. bis 17., 19. und 21. Timotheus in flagranti. 22. Der Kreis. — **Lessing-Theater:** 14., 19. Faust. 15., 16., 18., 20. Geschäft ist Geschäft. 17., 21., 22. Der Biberpelz. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Savonarola. — **Deutsches Opernhaus:** 14. und 20. Tannhäuser. 15. Boheme. 16. Der Freischütz. 17. Aida. 18. Hoffmanns Erzählungen. 19. Eugen Onegin. 21. Tosca. 22. Carmen. — **Schiller-Theater:** 14. bis 16., 18., 20. bis 21. Die Großstadtluft. 17. Pygmalion. 19. Rose Bernd. 22. Rosenmontag. — **Großes Schauspielhaus:** Die törichte Jungfrau. — **Neues Volks-Theater:** 14. und 18. Michael Kramer. 15., 16., 19. bis 22. Die Laune des Verliebten. Der Neffe als Onkel. — **Renaissance-Theater:** Die Juden. — **Große Volksoper im Theater des Westens:** 14. und 21. Lohengrin. 15. und 18. Der Barbier von Sevilla. 16. und 20. Die lustigen Weiber von Windsor. 17. Tristan und Isolde. 19. Fidelio. 22. Der Troubadour. — **Die Tribüne:** Der Teufelsschüler. — **Deutsches Künstler-Theater:** 15. bis 19. Großmama. 14. Königin Christine. 20., 21., 22. Magdalena. — **Komödienhaus:** 14., 15., 16., 17., 19. Erdgeist. 18., 20., 21. Kameraden. — **Berliner Theater:** Madame Pompadour. — **Trianon-Theater:** Lilli, die Kokotte. — **Residenz-Theater:** Es lebe das Leben. — **Zentral-Theater:** 15. bis 18., 21. Der Bigamist. 20., 22. Die Macht der Finsternis. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 14., 21. Der Schrei aus der Straße. 15., 16. Geschlossen. 17. bis 20. Legende eines Lebens. — **Intimes Theater:** Bubi will nicht. Die Leiter. Die badende Nymphe. 10¼ Uhr: Freundinnen. Jeder die Hälfte. — **Komische Oper:** Europa spricht davon! — **Lustspielhaus:** Der Mustergatte. — **Metropol-Theater:** New York—Berlin. — **Neues Operetten-Theater:** Heirate deine Frau. — **Thalia-Theater:** Ein Jahr ohne Liebe. — **Theater am Nollendorfplatz:** Dein Mund . . . — **Theater am Kurfürstendamm:** Die Marn. 10¼ Uhr: Abenteuer in Marokko. — **Kleines Theater:** Die Unmoralischen. — **Wallner-Theater:** Der kühne Schwimmer. — **Walhalla-Theater:** Die tolle Lola. — **Theater des Ostens** (Rose-Theater): Florians Hochzeit. — **Kasino-Theater:** Müllers Prinzen. — **Neues Theater am Zoo:** Dorine und der Zufall. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** Großes Haus: Nach Bagdad. Kleines Haus: Liebe.

Nachmittagsvorstellungen. Volksbühne: 14. und 21. Die Ratten. — **Schauspielhaus:** 14. und 21. Napoleon. — **Deutsches Theater:** 14. Frühlings Erwachen. 21. Gespenster. — **Kammerspiele:** 14. Kabale und Liebe. 21. Die deutschen Kleinstädter. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 14. und 21. Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler. — **Deutsches Opernhaus:** 14. Der Evangelimann. 21. Der Freischütz. — **Großes Schauspielhaus:** 14. und 21. Das Schwarzwaldmädel. — **Neues Volks-Theater:** 14. Michael Kramer. 21. Der Engländer. Saturos. — **Die Tribüne:** 14. Die Pfarrhauskomödie. — **Komödienhaus:** 14. und 21. Prinzessin Olala. — **Berliner Theater:** 14. Gastspiel Mignon. — **Zentral-Theater:** 14. und 21. Familie Hannemann. — **Intimes Theater:** 14. Die Peitsche und . . . Lauf doch nicht immer nackt herum. Bubaye, es blitzt. — **Metropol-Theater:** 14. Die Bajadere. — **Theater am Nollendorfplatz:** 14. Der Vetter aus Dingsda. — **Wallner-Theater:** 14., 20. und 21. Renaissance. — **Walhalla-Theater:** 14. Carmen. — **Neues Theater am Zoo:** 14. und 21. Anatol. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** Kleines Haus: Die Pfarrhauskomödie.

Gewerkschaftsbewegung

Die Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel.

Ablehnung des Schiedsspruchs.

Eine stark besuchte Versammlung der Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel, am Freitag abend, im Gewerkschaftshaus, nahm Stellung zu dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses über die Januarlöhne. Vollmeyer berichtete, daß der Schlichtungsausschuß angerufen wurde, weil die Arbeitgeber eine Lohnerhöhung von nur 10 Proz. anboten. Nach vierstündiger Verhandlung wurde ein Spruch gefällt, der eine Erhöhung aller Löhne, auch der für Arbeiterinnen um 35 Proz. zubilligt. Die Lohnkommission hat sich einstimmig für Ablehnung dieses Spruches erklärt.

Ortmann (Bevollmächtigter des Transportarbeiterverbandes) hat als Beisitzender an der Verhandlung des Schlichtungsausschusses teilgenommen und konnte deshalb über den Verlauf der Sitzung weitere Mitteilungen machen. Es sei zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Parteien gekommen. Die Arbeitgebervertreter konnten die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung schließlich nicht mehr bestreiten und auch nicht die Tatsache, daß in vielen anderen Städten bereits höhere Löhne als in Berlin gezahlt werden. Eine Verständigung mit ihnen sei aber trotz alledem nicht möglich gewesen. Statt der verlangten 60 Proz. sei endlich der Spruch mit 35 Proz. gekommen. Der Redner wies anschließend darauf hin, daß in einer Versammlung der Arbeitgeber zu den Löhnen im Transportgewerbe Stellung genommen wurde und dabei diese Löhne als zu hoch befunden wurden. So erkläre es sich, daß man für Januar keine Erhöhung gewähren wolle. Am Schluß forderte Ortmann auf, treu zur Organisation zu halten, um in allen bevorstehenden Kämpfen den Sieg zu erringen. Ohne Soldaten könne dieser nicht geführt werden. Aufgabe der Kollegenschaft müsse es sein, der Organisation neue Kämpfer zuzuführen. (Lebhafter Beifall.)

Bei der Abstimmung waren von 891 Stimmen 794 für Ablehnung und nur 84 für Annahme des Schiedsspruches. Dreizehn Stimmen waren ungültig.

Vollmeyer erklärte, falls noch eine Verhandlungsmöglichkeit bestehe, werde man sie wahrnehmen. Andernfalls werde der „Demo“ angerufen werden.

Achtung! Gewerkschaftsmitglieder!

Zu der morgen, Sonntag, von der Gewerkschaftskommission und der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei veranstalteten Kundgebung gegen den Gewaltakt des französischen Imperialismus rufen wir die Gewerkschaftsmitglieder Groß-Berlins auf, sich recht zahlreich zu beteiligen. Kein organisierter Arbeiter und keine Arbeiterin darf bei dieser Kundgebung fehlen!

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Die Not der Berufsmusiker.

Der Vorstand des Deutschen Musikerverbandes hat auf Grund einer von ihm veranstalteten Umfrage eine Denkschrift darüber ausgearbeitet, wie weit den Berufsmusikern durch gegen Bezahlung ausgeübtes nebenberufliches Musizieren von Angehörigen anderer Berufe die Möglichkeit beeinträchtigt wird, ihren Unterhalt zu erwerben. Die Denkschrift gibt zu, daß alle Arbeiter, Angestellten und Beamten unter der entsetzlichen Teuerung leiden und daß es begreiflich erscheint, wenn diese Bevölkerungskreise mit allen möglichen Mitteln versuchen, der Verelendung entgegenzuwirken. Dies dürfe jedoch nicht zu einem Kampfe aller gegen alle führen und auch nicht die letzten verbliebenen Errungenschaften der Revolution, besonders den Achtstundentag in Gefahr bringen, was zweifellos geschehe durch wilde Hineinpfuscherei in andere Berufe nach erledigter achtstündiger Tagesarbeit. Auch die Musiker leiden unter der Teuerung; sie werden aber weit härter betroffen, weil ihnen ihr Arbeitsgebiet von tausenden, ja hunderttausenden Unberufenen streitig gemacht wird. Der Musikberuf sei nicht nur der Musiker wegen, sondern auch zum Wohle der Kultur eine unbedingte Notwendigkeit. Ein für die Volkskultur notwendiger Berufsstand dürfe jedoch nicht der Vernichtung preisgegeben werden durch die hemmungslose Selbstsucht von Leuten, die entweder zu bequem oder zu feige sind, in offenem Gewerkschaftskampfe für eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage einzutreten oder trotz verhältnismäßig leidlichem Arbeitsverdienst sich durch Pfuscherei in anderen Berufen Nebenverdienst zu verschaffen suchen.

Leider handelt es sich bei den gewerblich musiktätigen Doppelberuflern zum großen Teil um Personen, die in ihrem Hauptberuf gewerkschaftlich organisiert sind.

Als Maßnahmen zur Besserung dieser unhaltbaren Zustände fordert die Denkschrift die Einwirkung auf die Gewerkschaftsmitglieder und die Betriebsräte, um diese Schmutzkonkurrenz durch doppelte berufliche Tätigkeit zu unterbinden. Ferner soll auf die örtlichen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen eingewirkt werden, damit bei festlichen Veranstaltungen nur im Deutschen Musikerverband organisierte Musiker zu den tarifmäßigen Bedingungen, bzw. Dilettantenmusikvereine nur nach Verständigung mit der örtlichen Vertretung der organisierten Musiker beschäftigt werden. Schließlich Einwirkung auf die Gesetzgebung, daß bei Schaffung des Arbeitszeitgesetzes das Verbot, über acht Stunden täglich zu arbeiten, auch auf nicht verwandte Berufe ausgedehnt wird, daß den öffentlichen Beamten und Angestellten jede entgeltliche Musiktätigkeit untersagt und daß für den Musikerberuf der Melde- und Benutzungszwang bei den amtlichen Arbeitsnachweisen eingeführt wird.

Die Denkschrift enthält ferner einen Auszug aus dem Ergebnis der Umfrage über den Umfang des Nebenberuflertums im Musikgewerbe. Laut dem Etat des Reichswehrministeriums für das Rechnungsjahr 1922 dürfen bei der Reichswehr und der Marine nur 110 Kapellen bestehen. Alle sonstigen Musikerabteilungen mitgerechnet, dürften jedoch ungefähr 150 vorhanden sein. Aus 16 Großstädten wurde von ungefähr 6500 nebenberuflich musizierenden Beamten berichtet, womit die Zahl natürlich lange nicht erschöpft ist. Daneben die Zahl der entgeltlich spielenden Dilettanten, Mitglieder von Arbeitermusikvereinen, Bandonion-Konzertino-Klubs usw., die in die Hunderttausende geht und in Groß- und Kleinstädten sowie auf dem flachen Lande anzutreffen sind. Vereinsfestlichkeiten der Arbeiterschaft, öffentliche Tanzmusiken, Kirmesfeiern usw. sind die Hauptgebiete ihrer Betätigung. An vielen Orten fallen die Musiker der Erwerbslosenunterstützung zur Last, während ihre Arbeitsstellen durch Schwarzarbeiter aus anderen Berufen besetzt sind.

Aus den Berichten der Bezirksleiter führt die Denkschrift viele Beispiele an, wie die Musiker von Nebenberuflern aus der Beschäftigung gedrängt werden.

Es ist zu bedauern, daß solche Notschreie nötig sind, um andere organisierte Arbeiter zu veranlassen, ihren eigenen Klassengenossen den ohnehin schon schweren Kampf ums Dasein nicht noch weiter zu erschweren. Namentlich die Vorstände der vielen Arbeitervereine sollten sich darauf besinnen, daß sie auch gegen die Musiker die Pflicht der Solidarität haben und mit alten Gewohnheiten brechen, die vor Jahrzehnten stellenweise entschuldbar sein mochten.

Lohnkampf in der Kali-Industrie.

Die Unternehmerverbände hatten infolge der eingetretenen und der weiter steigenden Teuerung am 15. Dezember Lohnerhöhungsanträge bei dem Arbeitgeberverband für die deutsche Kaliindustrie gestellt. Die Verhandlungen wurden von den Kali-Industriellen bis zum 12. Januar hinausgeschoben. In der gestrigen Verhandlung unterbreiteten die Arbeitnehmer ihre Anträge auf Lohnerhöhung entsprechend den in den übrigen Branchen des Bergbaues bereits erfolgten Lohnerhöhungen. Die Arbeitgeber erklärten, überhaupt kein Gegenangebot machen zu können und stellten das Ansinnen an die Arbeitnehmervertreter, die Lohnverhandlungen auf weitere 14 Tage zu vertagen. Dieses Ansinnen wurde von den Arbeitnehmervertretern einstimmig abgelehnt.

Die Arbeitnehmerverbände haben sich zum Zwecke der Beilegung der Differenzen an das Reichsarbeitsministerium gewandt.

Volkshochschule Groß-Berlin.

Die Volkshochschule Groß-Berlin beginnt in der nächsten Woche wieder eine Reihe von Kursen und Arbeitsgemeinschaften, die zum Teil auch für die gewerkschaftlich tätigen Genossen und Genossinnen von Bedeutung sind. Es sprechen Montag, abends 8 Uhr, in Neukölln, Wildenbruchstraße (Gemeindeschule), die Genossin Hilde Oppenheimer über Grundfragen der Wirtschaftswissenschaft; Dienstag, abend 8 Uhr, Genosse Cohn über Volkswirtschaftslehre in Köpenick, Körnerschule; Donnerstag, abends 7½ Uhr, Genosse Seidel über Gewerkschaftsbewegung in Neukölln, Boddinstr. 34/38.

Seminar für Arbeitsrecht.

Um ihren Hörern die Möglichkeit einer Ausbildung über den Rahmen der einzelnen Kurse hinaus zu ermöglichen, hat die Freigewerkschaftliche Betriebsräteschule eine Reihe von Seminaren errichtet, die im System des Lehrplans die Oberstufe darstellen. Von den übrigen Kursen unterscheiden sich die Seminare dadurch, daß an die Selbständigkeit, Arbeitslust und Ausdauer der dort mitarbeitenden Genossen weit höhere Anforderungen gestellt werden als sonst. So ist auch die Zahl der Unterrichtsabende (wöchentlich einmal) lediglich durch den Lehrerfolg selbst bedingt.

Ende dieses Monats wird das Seminar für Arbeitsrecht, das bereits anderthalb Jahre besteht, seinen Unterricht fortsetzen und mit dem Studium der Entwicklung zum modernen Arbeitsrecht beginnen. Kollegen, die bereits Kenntnisse auf diesem Gebiete haben und über die notwendige Arbeitsausdauer verfügen, können sich neu beteiligen. Anmeldungen werden nur im Bureau der Schule, Engelufer 24/25, 2. Hof 1 Tr. (außer in den Bureaustunden, Montags und Freitags von 4—7 Uhr) entgegengenommen.

Freigewerkschaftliche Betriebsräteschule.

Aus dem Versicherungsgewerbe.

Die seit dem 14. Dezember geführten Tarifverhandlungen über einen neuen Reichstarif sind gescheitert. Schuld hieran trägt der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen, der die bisherigen Bestimmungen über Kündigungsfristen, Urlaub, Weiterzahlung des Gehalts in Krankheitsfällen, Fusionen usw. in unerhörter Weise zu verschlechtern beabsichtigte. Außerdem bestand der Arbeitgeberverband auf Einführung der differenzierten Bezahlung nach Versicherungszweigen, trotzdem ein im Reichsarbeitsministerium gebildeter Schlichtungsausschuß diese Forderung im letzten Jahre schon dreimal abgelehnt hatte.

Zur Holzarbeiter-Sperre werden wir von der Firma Kurt Löbel, Frankfurter Allee 76, auf Grund § 11 des Pressegesetzes um folgende Berichtigung der Notiz in Nr. 16 des „Vorwärts“ ersucht: „Es ist eine grobe Unwahrheit, daß ich irgendeinen meiner Arbeitnehmer gemaßregelt hätte, es ist im Gegenteil dem Vertreter des Holzarbeiterverbandes, Herrn Schulz, in Gegenwart des Betriebsrates ausdrücklich erklärt worden, daß keinerlei Maßregelungen stattfinden, daß vielmehr die gesamte Belegschaft die Arbeit zu den bisherigen Arbeitsbedingungen wieder aufnehmen sollte, jedoch wegen der augenblicklichen Geschäftslage mit beschränkter Arbeitszeit.“

Die Einschränkung der Sonntagsarbeit im Zeitungsgewerbe ist, wie sich aus der Beantwortung einer kleinen Anfrage im Reichstage ergibt, Gegenstand näherer Prüfung im Reichsarbeitsministerium gewesen. Aus der Antwort geht hervor, daß das Reichsarbeitsministerium nicht anzuerkennen vermag, daß die geforderte Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Zeitungsgewerbe als ein geeignetes Mittel anerkannt werden kann, der Not der Presse abzuhelfen. Es wird darauf hingewiesen, daß gerade die Sonntagsausgaben der Zeitungen eine wesentliche Einnahmequelle für das Zeitungsgewerbe sind. Da jedoch in manchen Teilen Deutschlands selbst größere Zeitungen mit geringerer Sonntagsarbeit auskommen, als es in anderen Ländern Deutschlands üblich ist, soll geprüft werden, ob etwa durch eine andere Einteilung der Arbeit eine Einschränkung der Sonntagsarbeit zur Sicherung größerer Arbeitsruhe für die im Zeitungsgewerbe beschäftigten Arbeitnehmer eintreten kann.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Bettwäschefabrik.
Inventur-Ausverkauf
nur noch bis 20. Januar.
Wir haben unsere sämtlichen Waren in:
Bettwäsche,
Laken, Handtücher, Bettbezüge, Kissen, Bettgarnituren bestickt und Einsatz, Damaste, Hemdentuche, Inlette, Kaffeedecken, Tischdecken um 15 Proz. herabgesetzt. Bitte sich unbedingt von uns. Angeb. persönl. zu überzeugen.
Kühl & Kupferberg,
Berlin, Invalidenstr. 6 (Ecke Bergstraße), 2 Min. v. Stett. Bahnh. Bitte genau auf Nr. 6 achten.
6 Bitte sich unbed. von uns. Billigkeit zu überzeugen. 6

Alte Gebisse auch zerbrochene
pro Zahn 1200, 1500 bis 60 000 M.
Gold-, Dublee-, Silberbruch kauft zum Tageskurs. Zahn-Ankaufsstelle
B. Zymelski, Weißenburger Straße 32.

86 Gartenstr. 86
Zahngebisse
Gold, Silber-Bruch, Platin kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

Erich Fuhrmann
Handelsgerichtlich eingetragene Firma
kauft Gold-, Silber-, Platin-Bruch auch Brillanten — Zahngebisse
Berlin NW 87
Nur Gotzkowskystr. 13

Fuhrwerk Ein- und Zweispänn. ist frei. Auskunft: Moritzpl. 11454, 11692.

Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstraße

Bruchkranke
Bin ohne Operation geheilt werden. Langj. erprobte Methode. Sprechst. jed. Dienst., Donnerst. u. Sonnab. 10—1. Spezialarzt Dr. med. Coleman, Berlin W 35, Potsdamer Str. 102.

Damen- u. Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Kleider- u. Futter-Seiden schwarz und farbig.
Gelegenheitskäufe in mod. Mänteln, Kostümen, Kleidern u. Röcken. 1—3 geschloss.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

Strickjacken aller Art
Sportgarnituren, Jumper usw.
Billigste Bezugsquelle!
Bruno Richter, Fabrikniederlage thür. Wollwaren
Kopenhagener Str. 67, I a. Bhf. Schönh. All. Hochb. Nordring
u. Bln.-Pankow, Mendelstr. 36, I. Pankow 3723
Nur Einzelverkauf!